



MARCEL FRATZSCHER

Warum die Annäherung von Unternehmensverbänden an die AfD ein folgenschwerer Fehler wäre

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Dass der Verband der Familienunternehmer sich gegenüber der AfD öffnen wollte, war weit mehr als ein politisches Manöver. Auch wenn der Verband inzwischen angesichts des öffentlichen wie teils auch internen Drucks zurückgerudert ist, war es ein fatales Signal, das das wirtschaftliche Fundament Deutschlands untergraben und die gesellschaftliche Spaltung vertiefen könnte. Denn Unternehmen und ihre Verbände tragen nicht nur Verantwortung für ihre Mitglieder, sondern auch für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit von Demokratie und Gesellschaft.

Eine Öffnung zur AfD würde deren Positionen legitimieren. Die AfD verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die den Kern unseres Wohlstands – die offene, europäisch eingebettete soziale Marktwirtschaft – infrage stellt. Ihre Forderungen nach nationaler Abschottung, Austritt aus EU und Euro, nach Reduktion von Migration, nach sogenannter Remigration und einer weitgehenden Renationalisierung von Politik und Wirtschaft würden Deutschland strukturell schwächen. Eine solche Politik gefährdet Millionen Arbeitsplätze und beschleunigt die Deindustrialisierung. Deutschland lebt von offenen Märkten, einem stabilen Rechtsstaat und verlässlichen internationalen Beziehungen. Wer diese Grundlagen zerstört, zerstört die Basis wirtschaftlichen Erfolgs. Es ist daher paradox, wenn gerade jene Verbände, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitglieder stärken wollen, jener Partei die Tür öffnen, die diese Wettbewerbsfähigkeit massiv schwächen würde.

Zudem unterschätzen viele Verbände die Signale, die sie damit aussenden. Deutschland wird im Ausland genau beobachtet – auch von Investoren, Handelspartnern und multinationalen Unternehmen, die langfristige Standortentscheidungen treffen. Wenn zentrale Akteure der Wirtschaft signalisieren, dass sie bereit sind, mit Parteien zu kooperieren, die demokratische Prinzipien offen infrage stellen, schadet dies dem Vertrauen in Deutschland als verlässlichen und demokratischen Wirtschaftsstandort.

Doch der vielleicht gravierendste Fehler dieser Öffnung läge auf gesellschaftlicher Ebene. Deutschland erlebt derzeit eine

Erosion jener Rahmenbedingungen, von denen unser wirtschaftlicher Erfolg abhängt: ein funktionierender Staat, eine stabile Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt gegenüber Vielfalt. Viele Unternehmen beklagen zu Recht eine Überlastung staatlicher Institutionen, hohe Unsicherheiten und fehlende Investitionen. Aber sie benennen zu selten die wahren Ursachen: die politische Polarisierung, der Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und die Abschottungstendenzen, die einer Modernisierung des Landes im Weg stehen.

Es irritiert, wie vehement manche Verbände auftreten, wenn es um eigene Subventionen oder kurzfristige Brancheninteressen geht – und wie leise sie werden, wenn es um grundlegende Werte der Marktwirtschaft und der Demokratie geht. Diese Form der politischen Enthaltsamkeit mag strategisch clever erscheinen, ist aber ökonomisch kurzsichtig und gesellschaftlich gefährlich. Schweigen stärkt jene Kräfte, die die institutionellen Voraussetzungen einer erfolgreichen Wirtschaft aushöhlen.

Unternehmen und ihre Verbände müssen daher ihre Rolle neu definieren. Es reicht nicht, sich als neutrale Interessenvertretung zu verstehen, die sich mit jeder Regierung arrangiert. Sie müssen klar kommunizieren, welche politischen Rahmenbedingungen sie für wirtschaftlichen Erfolg benötigen: eine stabile Demokratie, eine effektive Verwaltung, ein offenes und starkes Europa, Respekt gegenüber Vielfalt und eine moderne, verlässliche staatliche Infrastruktur. All dies ist unvereinbar mit der politischen Agenda der AfD.

Deutschland steht vor einem Jahrzehnt der Transformation und der Modernisierung. Die Transformation wird nur gelingen, wenn Unternehmen sich aktiv einbringen – und wenn sie Haltung zeigen. Wirtschaftlicher Erfolg lässt sich nicht isoliert von gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Stabilität denken. Eine offene Gesellschaft ist kein „nice to have“, sondern ein zentraler Produktionsfaktor.

Der Beitrag ist am 28. November 2025 bei der Zeit erschienen und wurde nach dem Rückzieher des Verbands aktualisiert.



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 12. Dezember 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).